

Kathrin Hämmerle (Klagenfurt)/Günther Sandner (Wien)/Hubert Sickinger (Wien)

Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden

Der Aufsatz stellt die Ergebnisse einer 2008 durchgeführten Repräsentativumfrage unter Lehramtsstudierenden an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen vor. Diese Erhebung belegt, dass Lehramtsstudierende mehrheitlich über die zentralen Inhalte Politischer Bildung Bescheid wissen. Zugleich spiegeln die Antworten aber ein ausgesprochen negatives Bild vom Stellenwert Politischer Bildung in ihrem Studium wider. Nur ein sehr geringer Teil der Befragten gibt an, in ihrem Studium eine fächerübergreifende und systematische Ausbildung in Politischer Bildung erhalten zu haben. Insbesondere werden eine stärkere Verknüpfung der vermittelten Themen mit der künftigen Praxis und der Umgang mit politisch kontroversen Themen als Desiderate benannt. Die Einschätzung der eigenen Kompetenz in Politischer Bildung ist dementsprechend bescheiden. Im Lichte der grundlegenden Idee des Unterrichtsprinzips Politische Bildung (alle Fächer sollen politisch bildend wirken) fällt besonders negativ auf, dass in erster Linie die LehrerInnen sogenannter Trägerfächer (Geschichte, Deutsch, Geografie und Wirtschaftskunde) das Themenfeld Politische Bildung mit ihrem Fach verbinden, während dies in allen anderen Fächern nur in einem geringen (und unterschiedlich ausgeprägten) Ausmaß der Fall ist. Hinsichtlich Politischer Bildung belegt die Untersuchung somit gravierende inhaltliche und methodische Defizite in der LehrerInnenausbildung.

*Keywords: Politische Bildung, LehrerInnenausbildung, Lehramt, Kompetenzen, Wahlalter, Universitäten, Pädagogische Hochschulen
civic education, teacher-training (course), competences, voting age, universities (of education)*

1. Einleitung

„Demokratie braucht junge Menschen“: Mit diesem Motto eröffnete das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur sowie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung im Jahr 2006 einen Demokratiedialog,¹ der als Sensibilisierungskampagne für die seit 2007 wahlberechtigten Jugendlichen gedacht war. Video-, Audio- und Textblogs, ein multimediales WIKI oder ein interaktives Spiel sollten Jugendlichen Orte und Möglichkeiten der Partizipation aufzeigen. Ein DemokratISCH oder der Wettbewerb DemoACTION! führten Jugendliche konkret an demokratische Handlungen heran.

Unerwartet unterbrochen wurde diese Initiative von den vorgezogenen Nationalratswahlen im September 2008, bei der 16- bis 18-Jährige erstmals in der österreichischen Geschichte aktiv wahlberechtigt waren. Das Wahlergebnis veranlasste die politischen EntscheidungsträgerInnen umso mehr, über den Stellenwert von Politischer Bildung für die Demokratie nachzudenken und hier insbesondere über die Verankerung der Politischen Bildung im österreichischen Schulwesen. Es wurde in zahlreichen Medien als „Rechtsruck“ rezipiert. Die geringen Fallzahlen der 16- bis 18-Jährigen in den Wahlumfragen lassen diesen Schluss für das Wahlverhalten der Erstwähler-

Innen zwar nicht zu; dennoch wurde klar, dass gerade Jugendliche für populistische Angebote empfänglicher geworden sind als noch vor einigen Jahren. Dieser Tendenz entgegenzuwirken stellt eine wichtige Aufgabe der schulischen sowie außerschulischen Politischen Bildung dar.

Mit dem Ziel der Verbesserung und Intensivierung Politischer Bildung wurden im Rahmen des Regierungsschwerpunkts „Demokratieinitiative“ neben der oben erwähnten Kampagne eine Reihe weiterer Maßnahmen gesetzt. 2008 wurde erstmals Politische Bildung in Kombination mit Geschichte und Sozialkunde in der achten Schulstufe an Allgemeinbildenden Höheren Schulen und an Hauptschulen organisatorisch verankert. Auf universitärer Ebene wurden mit dem ersten Lehrstuhl für Politikdidaktik die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Politik-Lernen und -Lehren an Schulen geschaffen.² Auf inhaltlicher Ebene sind Studien, die sich mit der politischen Einstellung Jugendlicher befassen³, sowie die Erarbeitung des Kompetenzmodells für SchülerInnen (Krammer et al. 2008) hervorzuheben, angelehnt daran die Änderung der Lehrpläne für das Unterrichtsfach „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ in der achten Schulstufe.⁴

Nicht so sehr im Fokus der wissenschaftlichen Beschäftigung lag bisher eine andere Gruppe von Betroffenen: die Lehrenden an den Schulen.⁵ Wer ist bzw. wird eine politische Bildnerin oder ein politischer Bildner? Diese Frage stellten sich schon Filzmaier et al. (1999, 276); sie hielten fest, dass keine entsprechende universitäre Ausbildung existierte.

Zehn Jahre später hat sich an der Situation nichts Wesentliches geändert. Bereits die Ausgangslage präsentiert sich als sehr unübersichtlich. Durch die Verankerung Politischer Bildung sowohl als Unterrichtsprinzip⁶ als auch als eigener Unterrichtsgegenstand in Kombination mit anderen Fächern ist es schwer, in diesem Bereich einen Überblick über die aktuelle Ausbildung der Lehrenden an den verschiedenen Schultypen zu erhalten. Es ist selbst den Schulbehörden nicht klar, wer in welchem Ausmaß den SchülerInnen Inhalte Politischer Bildung vermittelt. Ebenso unklar ist die fachliche Grundlage für diese Lehrtätigkeit an den Schulen, da eine Ausbildung als Zugangsvoraussetzung in diesem Bereich sowohl auf den Universitäten als auch an den Pädagogischen Akademien bzw. jetzt Pädagogischen Hochschulen (PH) bis heute fehlt.⁷

Besonders im Bereich der Berufsbildenden Höheren Schulen gibt es keine aggregierten Daten zur Aus- und Vorbildung der Lehrenden des Faches „Politische Bildung und Recht“. Es kann hier nur vermutet werden, dass es sich mehrheitlich um JuristInnen handelt, aber auch BetriebswirtInnen bzw. WirtschaftspädagogInnen einen signifikanten Anteil der Lehrenden stellen. Bei einer Befragung der Landesschulräte wurde als erforderliche Voraussetzung für das Unterrichten dieses Faches explizit lediglich „politisches Interesse“ genannt (siehe Hämmerle/Ratkovic 2007). Hier wird eine gesetzliche Lücke offensichtlich: Sofern keine universitäre Lehramtsausbildung vorgesehen ist, ist es laut Beamtendienstrechtsgesetz möglich, einen Unterrichtsgegenstand mit einer thematisch einschlägigen Hochschulausbildung in Verbindung mit einer vierjährigen Berufspraxis zu unterrichten.⁸

Im Zuge der Lehrplanreform und der Implementierung des Kompetenzmodells wird vor allem an den PHs die Aus- und Weiterbildung forciert. Eine bundesweite Arbeitsgruppe dient der Koordination der einzelnen Fortbildungsmaßnahmen sowie dem Austausch bei der Entwicklung von spezifischen (Kurz-)Lehrgängen im Bereich Politische Bildung. Bisher beschränkten sich die Angebote auf einzelne Lehrveranstaltungen, die häufig inhaltlich willkürlich gewählte oder aber thematisch sehr weit gefasste Schwerpunkte aufwiesen, die nicht immer den Vorgaben des Unterrichtsprinzips Politische Bildung entsprachen. Diese heterogene Situation hinterließ bei den Lehrenden ein Bild der Beliebigkeit der Politischen Bildung, wie es Himmelmann (2007) auch für Deutschland feststellt. Die Abgrenzung zu anderen Unterrichtsprinzipien wie Interkul-

turelles Lernen, Medienpädagogik oder Europaerziehung fand nicht statt, ebenso wenig eine Formulierung von Mindeststandards.

Ähnlich stellt sich die Ausbildungssituation an den Universitäten dar: Politische Bildung wird zwar auch dort in vielen Leerformeln in den allgemeinen Grundsätzen und Zielen der Ausbildung erwähnt. In der fachspezifischen Ausbildung zu den klassischen Trägerfächern wie Deutsch oder Geografie finden sich Inhalte der Politischen Bildung aber nur in einem Bruchteil der Lehrveranstaltungen. Selbst im Studium des Lehramtes für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung existiert zwar ein buntes Kaleidoskop an verschiedenen Inhalten der Politischen Bildung, aber mit Ausnahme der Studienrichtungen an den Universitäten Wien und Innsbruck keine verbindliche Ausbildung mit Mindeststandards in diesem Bereich.

Rahmenlehrpläne und das Prinzip des exemplarischen Lernens stellen Lehrende vermehrt vor das Problem der Auswahl: der zu lernenden Fakten, der zu vermittelnden Kompetenzen und der passenden Methoden, um SchülerInnen auf der kognitiven, der affektiven und der pragmatischen Ebene Politische Bildung zu vermitteln und sie auf diesem Weg zur politischen Handlungsfähigkeit zu begleiten. Der „Mut zur Lücke“ sollte dementsprechend vor allem in der Politischen Bildung vorhanden sein, aber nicht aufgrund mangelnder Fähigkeiten den Unterricht dominieren. Dazu benötigen Lehrende konkrete Vorstellungen von diesem Fach und dessen Aufgaben und Möglichkeiten. Kurz gesagt: Qualitativ hochwertige Politische Bildung braucht qualitativ hochwertig ausgebildete LehrerInnen. Ohne diese Voraussetzung sind Unsicherheiten von LehrerInnen in diesem gesellschaftlich sensiblen Bereich vorprogrammiert, die dann als Ausweg meist den Rückzug auf das scheinbar sichere Feld der klassischen Institutionenkunde wählen.

2. Die Ergebnisse der Repräsentativumfrage unter Studierenden

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk) beauftragten Forschungsprojektes des Instituts für Konfliktforschung (IKF) und der Universität Klagenfurt wurde vor dem Hintergrund der in der Einleitung skizzierten Situation die derzeitige Ausbildungssituation von Lehramtsstudierenden an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (PHs) systematisch untersucht. Diese Repräsentativerhebung unter 1.000 Studierenden wurde im März 2008 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Empirische Sozialforschung IFES durchgeführt, um insbesondere die Erfahrungen und Perspektiven der Studierenden zu folgenden Fragekomplexen zu erheben:

- Die Einschätzung, welche Inhalte Politische Bildung an Schulen vermitteln soll.
- Die Lehre Politischer Bildung im Rahmen der eigenen Ausbildung – aufgeteilt auf Fragen, ob Politische Bildung im eigenen Studium in systematischer, strukturierter Form oder nur fragmentarisch (oder gar nicht), und ob sie in Form von Frontalunterricht oder in dialogischer Form vermittelt wird.
- Die inhaltlichen Schwerpunkte des Lehrveranstaltungsangebots in Politischer Bildung für das eigene Studium an der Universität oder PH, sowie die Einschätzung konkreter Maßnahmen der Verbesserung dieser Ausbildung.
- Die Eignung unterschiedlicher Unterrichtsfächer an Schulen für die Vermittlung Politischer Bildung.
- Das eigene Interesse an Politischer Bildung im Rahmen der Ausbildung – und an unterschiedlichen Bereichen der Politik im Allgemeinen.

- Der Wissensstand, wie Politische Bildung im österreichischen Schulsystem geregelt ist.
- Die Einschätzung der Einführung von Wahlen ab 16 (auch in ihren Konsequenzen für Politische Bildung an Schulen).
- Abschließend wurden einige Strukturdaten, etwa die belegten Studienfächer, erhoben.

Befragt wurden Studierende des zweiten Studienabschnitts an Universitäten sowie an öffentlichen und privaten PHs (Quotenstichprobe, N = 1.000 Befragte, davon 31 Prozent Männer, 69 Prozent Frauen sowie 62 Prozent Studierende an Universitäten und 36 Prozent an PH.⁹⁾

Was soll Politische Bildung vermitteln?

Als Antwortmöglichkeiten auf diese Frage wurden einerseits zentrale Inhalte Politischer Bildung vorgegeben, wie sie im Grundsatzterlass genannt werden. Es wurden aber auch einige Möglichkeiten angeführt, die entweder im weiteren Sinne ebenfalls relevante Lehrziele (etwa Weltoffenheit/internationale Mobilität) oder auch ein traditionalistisches Politikverständnis widerspiegeln (das nicht mehr den Lehrzielen gemäß dem Grundsatzterlass entspricht, ohne aber deshalb im eigentlichen Sinne „falsch“ zu sein). Dadurch sollte vermieden werden, die Studierenden durch eine Beschränkung der Antwortvorgaben oder auch durch deren Formulierung oder Reihung zu den „erwünschten“ (richtigen) Antworten zu leiten.

Bei der Beantwortung dieser Fragen (siehe Tabelle 1) wurden von den Studierenden die zentralen Inhalte moderner Politischer Bildung auch am höchsten gewichtet: Sachinformationen (1,59), Analysefähigkeit und kritisches Hinterfragen (1,68), das Artikulieren eigener Interessen (1,57), aber auch die Strategien zur gewaltfreien Konfliktaustragung (1,47) erhielten auf einer fünfteiligen Skala (1 = stimme voll zu, 5 = stimme gar nicht zu) durchwegs Durchschnittswerte deutlich besser als „Note 2“. Diese Punkte entsprechen im Wesentlichen den Zielsetzungen des Grundsatzterlasses. Allerdings finden unter Teilen der Studierenden auch die Förderung von Staatsloyalität (2,57) und Heimatbewusstsein (2,49) als Ziele und Inhalte Politischer Bildung vergleichsweise hohe Zustimmungsraten: Heimatbewusstsein bewerten z.B. rund ein Viertel der Befragten mit 1 und rund 30 Prozent mit 2, besonders hoch sind diese Werte bei künftigen GeografielehrerInnen.

Aufgrund inhaltlicher Vorgaben in den Lehrplänen der verschiedenen Schulstufen und der Gestaltungsmöglichkeiten im Unterricht (z.B. Wahl der Themen für Deutscharbeiten) wurden mit Geschichte/Sozialkunde, Geografie/Wirtschaftskunde und Deutsch drei zentrale „Trägerfächer“ der Politischen Bildung definiert. Diese Einschätzung teilen auch die befragten Studierenden, indem sie diese Fächer für die Vermittlung von Inhalten der Politischen Bildung als am besten geeignet ansehen. Beim Vergleich der unterschiedlichen Studienfächer fällt auf, dass Studierende dieser drei „Trägerfächer“ überdurchschnittlich gute Bewertungen bei den meisten Punkten vorgenommen haben, während z.B. die Studierenden von Fremdsprachen (mit Ausnahme der Förderung der Mobilitätsbereitschaft, die eigentlich kein explizites Ziel Politischer Bildung darstellt) in der Regel weniger hoch gewichten. Auch jene, die an Politischer Bildung selbst wenig interessiert sind, haben tendenziell „richtige“ Antworten gegeben, allerdings schneidet hier z.B. die Förderung der Befähigung der SchülerInnen zur politischen Partizipation eher schlechter ab.

Aus Tabelle 1 kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Inhalte der Politischen Bildung relativ gut bekannt sind.

Tabelle 1: Inhalte Politischer Bildung

Frage: Sollte Politische Bildung an den Schulen die folgenden Inhalte vermitteln? Wie sehr stimmen Sie dem zu? Geben Sie bitte für jede Zeile eine Note von 1 (= stimme voll zu) bis 5 (= stimme gar nicht zu)!

	N	gewaltfreie Konfliktaustragung	Fähigkeit zu Interessenartikulation	Sachinformationen	Analysefähigkeit, krit. Hinterfragen	Demokratische Werte	Aktivierung zu Wahlteilnahme	Befähigung zu sonstiger polit. Teilnahme	Umgang Internet	Förderung internationaler Mobilität	Förderung von Heimatbewusstsein	Staatsloyalität
Total	1000	1,47	1,57	1,59	1,68	1,74	1,81	1,83	1,90	2,08	2,49	2,57
Geschlecht												
Männer	314	1,53	1,6	1,6	1,62	1,72	1,69	1,7	1,82	2,19	2,4	2,49
Frauen	686	1,44	1,55	1,58	1,71	1,75	1,86	1,89	1,94	2,03	2,54	2,61
Lehramtsfächer gesamt												
Geschichte	223	1,36	1,43	1,5	1,61	1,62	1,69	1,68	1,82	1,99	2,4	2,49
Geografie	66	1,48	1,55	1,41	1,42	1,48	1,59	1,64	1,68	2,2	2,15	2,06
Deutsch	155	1,52	1,56	1,51	1,61	1,7	1,96	1,9	2,1	2,11	2,62	2,64
Fremdsprache	155	1,58	1,81	1,73	1,81	1,97	1,93	2,01	2,22	1,95	2,65	2,73
nur technische Fächer	114	1,59	1,58	1,62	1,78	1,81	1,79	1,72	1,72	2,45	2,47	2,48
nur andere Fächer	251	1,41	1,51	1,65	1,69	1,81	1,8	1,84	1,75	1,98	2,52	2,69

Form und Zufriedenheit mit der eigenen Ausbildung in Politischer Bildung

Anschließend wurden Fragen nach der Vermittlung von politischer Bildung im eigenen Studium gestellt. Zu deren Bewertung wurden in einer Frage die systematische und fächerübergreifende Berücksichtigung im Studium bzw. nicht vorhandene oder nur fragmentarisch in einzelnen Lehrveranstaltungen präsentierte Inhalte als alternative Antworten vorgegeben. Eine zweite Frage betraf die Form der Vermittlung (Frontalunterricht in Vorlesungen versus dialogische Lehrformen in Seminaren). Die Ergebnisse zeichnen ein desillusionierendes Bild (siehe Tabelle 2): Nur elf Prozent der Befragten haben eine systematische und fächerübergreifende Ausbildung in Politischer Bildung erlebt. Dem gegenüber gibt ein Drittel der Studierenden an, dass in ihren jeweiligen Fächern gar keine Politische Bildung unterrichtet wird. Dies korreliert auffallend mit jenen Befragten, die auch wenig bis gar kein Interesse an Politischer Bildung haben (was auch

so interpretiert werden kann, dass politisch wenig Interessierte die teilweise vorhandenen Lehrangebote an Politischer Bildung weniger wahrnehmen bzw. nützen).

Tabelle 2: Vermittlung von Politischer Bildung im Rahmen des Studiums

Frage: In welcher Form wird Politische Bildung in Ihrem Studium vermittelt?

(Angaben in Prozent)

	N	systemat. Teil der Ausbildung	fragmentarisch	teils/teils	gar nicht	Frontalunterricht	kommunikativ	keine Angabe
Total	1000	11	28	29	31	40	47	13
Geschlecht								
Männer	314	15	26	30	30	38	51	12
Frauen	686	10	29	29	31	41	46	13
Interesse an PB in Ausbildung								
sehr interessiert	178	30	35	21	14	38	55	7
eher schon	339	12	36	30	21	40	50	10
teils/teils	272	5	23	34	37	37	46	16
wenig bis gar nicht	192	3	14	27	55	48	35	17

Ausbildung in Politischer Bildung

Vor den inhaltlichen Fragen zur Ausbildung wurde danach gefragt, ob die Studierenden ihre eigene Ausbildung in Politischer Bildung für ausreichend hielten. Durchaus in Kontrast zum eben präsentierten Befund (und den anschließenden detaillierten Fragen in Tabelle 3) halten immerhin 47 Prozent aller Befragten ihre eigene Ausbildung in Politischer Bildung für ausreichend, und zwar 13 Prozent für völlig ausreichend und 34 Prozent für eher ausreichend. Eine knappe Mehrheit votiert allerdings negativ, und zwar halten 35 Prozent ihre Ausbildung für eher nicht ausreichend und 16 Prozent für gar nicht ausreichend. Hier sind die Werte für die Universitäten allerdings deutlich besser als für die PH.

Bei den konkreten Fragen nach den unterschiedlichen Bestandteilen der Ausbildung in Politischer Bildung (Tabelle 3) schneiden die Universitäten besser als die PH ab. Folgerichtig verlangen die PH-Studierenden auch stärker nach systematischerer Ausbildung und mehr Semesterstunden.

Am schlechtesten werden die Vorbereitung auf den Umgang mit kontroversen Themen und konkrete Unterrichtsbeispiele bewertet (sowohl bei Universitäten als auch auf den PH wird der Wert 3 überschritten). Die Vermittlung von Fachwissen und das Anleiten zu selbstständigem Lernen schneiden vergleichsweise am besten ab.

Insgesamt ergibt dies einen *negativen Gesamtbefund*: Keine der möglichen Antworten schneidet hier zufriedenstellend ab. Bei jenen Studierenden, die sehr an Politischer Bildung interessiert sind, erweisen sich die Werte zwar als etwas besser, am Gesamtergebnis einer über-

wiegend negativen Bewertung der unterschiedlichen Bereiche der eigenen Ausbildung im Bereich Politische Bildung ändert dies aber nichts.

Abbildung 1: Eigene Einschätzung der Ausbildung

Frage: Halten Sie die Ausbildung im Bereich der Politischen Bildung im Zuge Ihres Studiums für ...? (Angaben in Prozent)

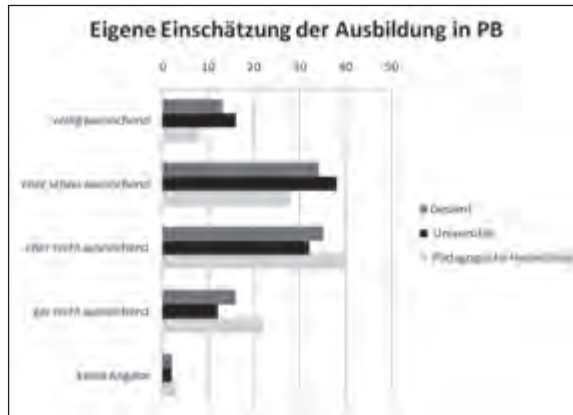


Tabelle 3: Bewertung der eigenen Ausbildung in Politischer Bildung

Frage: Wie sehr trifft auf die Ausbildung an Ihrer Hochschule im Bereich der Politischen Bildung das Folgende zu? Geben Sie bitte für jede Zeile eine Note von 1 (= stimme voll zu) bis 5 (= stimme gar nicht zu)!

	N	Anleitung zu selbstständ. Lernen	Sachinformationen	didaktische Fähigkeiten	österreichbezogene Themen	Umgang Wertvorstellungen	aktuelle Schwerpunkte	EU-Themen	international/global	Schwerpunkt Geschichte	konkrete Unterrichtsbeispiele	Vermittlung kontroverser Themen
Total	1000	2,70	2,73	2,86	2,86	2,88	2,93	2,95	2,96	2,98	3,09	3,15
Geschlecht												
Männer	314	2,68	2,61	2,74	2,79	2,84	2,74	2,88	2,88	2,90	2,97	3,04
Frauen	686	2,71	2,78	2,91	2,89	2,90	3,02	2,99	3,00	3,01	3,15	3,20
Hochschule												
Universität	622	2,65	2,66	2,74	2,88	2,90	2,88	2,93	2,89	2,90	3,03	3,08
PH	365	2,80	2,87	3,10	2,83	2,86	3,03	3,02	3,10	3,13	3,21	3,31

Bei der Frage nach möglichen Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Unterrichts an Universitäten und PH in Politischer Bildung wird die Verknüpfung von Theorie und Praxis an erster Stelle genannt (2,06). Es fällt auf, dass keine der möglichen Maßnahmen durchschnittlich besser als mit 2 bewertet wird. Auch das Üben im Umgang mit kontroversen Themen erhält noch eine relativ gute Bewertung (2,22), während eine stärker systematische Verankerung im Studienplan – zumindest in Anbetracht der durchaus kritischen Einschätzung der eigenen (bisherigen) Ausbildung – mit 2,46 überraschend schlecht abschneidet. Auch hier ist wieder eine positive Korrelation mit hohem Interesse an Politischer Bildung festzustellen. Die Idee, Politische Bildung durch mehr Lehrinheiten zu stärken, stößt nur auf beschränkte Zustimmung.

Bei der Frage nach den am besten geeigneten Fächern zur Vermittlung Politischer Bildung (siehe Tabelle 4) liegt das Fach Geschichte/Sozialkunde klar in Führung, gefolgt von Geografie/Wirtschaftskunde und von Deutsch. Die Verbindung des *eigenen* Studienfaches mit Politischer Bildung ist in diesen Trägerfächern relativ hoch. Die weit abgeschlagene Bewertung von Fächern wie z.B. Mathematik zur Vermittlung von Politischer Bildung war zwar zu erwarten, ist aber weder zwingend (z.B. politische Bedeutung von Textrechnungen und von Statistik) noch im Sinne des Unterrichtsprinzips.

Einen maßgeblichen Faktor für die Einstellung der Studierenden zu Themen der Politischen Bildung stellt zweifellos ihr eigenes Interesse an derartigen Fragen im Rahmen ihrer Ausbildung dar – und ihr Interesse an Politik im Allgemeinen. Die Tabellen 5 und 6 geben darüber Auskunft:

Ungefähr die Hälfte der Befragten ist an Politischer Bildung sehr (18 Prozent) oder eher schon (34 Prozent) interessiert. Diese Werte sind bei Männern höher als bei Frauen, besonders bei den sehr Interessierten besteht ein relativ großer Unterschied (24 Prozent bei den Männern, 15 Prozent bei den Frauen). Das Interesse ist bei Studierenden der Geschichte/Sozialkunde besonders hoch, Studierende der Geografie/Wirtschaftskunde liegen knapp über dem Durchschnitt, Deutschstudierende hingegen exakt im Mittelfeld. Nicht einmal ein Fünftel der Studierenden hat kein Interesse an Politischer Bildung im Rahmen ihrer Ausbildung.

Tabelle 4: Eignung von Fächern zur Vermittlung Politischer Bildung

Frage: Wie geeignet sind aus Ihrer Sicht die folgenden Unterrichtsfächer an den Schulen für die Vermittlung von Politischer Bildung? Bitte für jedes Fach eine Einschätzung! (Angaben in Prozent)

	alle Studierende			
	sehr geeignet	eher schon	eher nicht	gar nicht
Deutsch	49	35	11	4
Fremdsprache	29	41	23	6
Geschichte	79	16	3	1
Geografie	63	29	7	1
Mathematik	1	8	35	55
Physik, Chemie	1	7	33	58
Biologie	12	24	25	37
PPP	28	35	23	13
Religion	25	33	22	19
Musik	4	13	38	44
Bildnerische Erziehung	7	18	32	42

Hinsichtlich des allgemeinen Interesses der Studierenden an Politik ergibt sich ein besonders deutlicher Zusammenhang: Jene, die an Politischer Bildung in ihrer Ausbildung interessiert sind, haben auch generell ein größeres Interesse an Politik (wobei der Zusammenhang naheliegender Weise in die umgekehrte Richtung geht: Politisch Interessierte haben wohl ein deutlich größeres Interesse an Lehrveranstaltungen/Themen der Politischen Bildung auch in ihrem Lehramtsstudium). Das allgemeine Interesse an Politik ist bei Männern höher als bei Frauen, auch wenn der Unterschied hier nicht allzu groß ist. Während beim Interesse an Politik insgesamt eine relativ große Kluft zwischen Frauen und Männern festzustellen ist (sehr interessiert: Männer 29 Prozent, Frauen: 19 Prozent; eher schon: Männer 40 Prozent, Frauen: 37 Prozent), rücken die Geschlechter bei Fragen nach konkreten Politikbereichen (Kommunalpolitik, österreichische Innenpolitik, EU-Politik, Weltpolitik) tendenziell wieder stärker zusammen.

Auffallend ist weiters ein größeres Interesse der PH-Studierenden an Politischer Bildung (Mittelwert 2,42) im Vergleich zu den Lehramtsstudierenden an den Universitäten (Mittelwert 2,62) – das Interesse an Politik allgemein hält sich hingegen eher die Waage (2,25 zu 2,35). Der Bereich Weltpolitik liegt bei den Interessengebieten an erster Stelle (2,09), aber auch EU-Politik (2,25) schneidet im Vergleich relativ gut ab.

Tabelle 5: Interesse der Studierenden an Politik

Frage: Und wie sehr interessieren Sie sich für Politik in den folgenden Bereichen?

(1 = sehr bis 5 = gar nicht)

	Politik insgesamt	Weltpolitik	EU-Politik	Österr. Innenpolitik	Kommunalpolitik
Total	2,29	2,09	2,25	2,29	2,66
Geschlecht					
Männer	2,07	1,96	2,15	2,18	2,46
Frauen	2,39	2,15	2,29	2,34	2,76
Hochschule					
Universität	2,25	2,08	2,22	2,33	2,67
PH	2,35	2,11	2,28	2,2	2,66
Lehramtsfächer gesamt					
Geschichte	2,03	1,87	2,05	2,11	2,48
Geografie	2	2,02	2,02	1,94	2,25
Deutsch	2,32	2,11	2,31	2,3	2,62
Fremdsprache	2,41	2,11	2,3	2,44	2,89
nur technische Fächer	2,28	2,2	2,29	2,18	2,43
nur andere Fächer	2,49	2,2	2,35	2,5	2,93
Interesse an PB in Ausbildung					
sehr interessiert	1,35	1,31	1,55	1,53	1,85
eher schon	2,03	1,89	1,99	2,07	2,46
teils/teils	2,56	2,3	2,45	2,5	2,96
wenig bis gar nicht	3,24	2,88	3,05	3,08	3,38

Wissensstand über die Regelung von Politischer Bildung

Während nur 23 Prozent der Befragten den entsprechenden Grundsatzterlass als Basis der Politischen Bildung an Schulen kennen, gibt fast die Hälfte an, nicht zu wissen, wie Politische Bildung geregelt ist. Allerdings wissen die meisten Studierenden im Großen und Ganzen durchaus, was Politische Bildung (im Sinne des Grundsatzterlasses) inhaltlich ausmacht, was dieses negative Ergebnis zumindest relativiert.

Zukunftsperspektiven Politischer Bildung in der Schule

Ausdrücklich in den Kontext von „Wählen mit 16“ wurde die Frage gestellt, was im Bildungs- und Ausbildungsbereich nötig wäre, damit 16-Jährige ihr Wahlrecht kompetent ausüben könnten. Die Antworten:

Tabelle 6: Notwendige Maßnahmen für „Wählen mit 16“

*Frage: Kurz zum Thema Wählen mit 16. Was wäre aus Ihrer Sicht im Bildungs- und Ausbildungsbereich nötig, damit 16-Jährige ihr Wahlrecht kompetent nutzen?
(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)*

	Total	Männer	Frauen	Univer- sität	PH
ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung ab der AHS- Unterstufe und in der Hauptschule	59	57	60	56	65
eine stärkere Behandlung der Politischen Bildung in allen Unterrichtsfächern	54	48	57	50	61
eine bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema	45	43	47	44	49
Kontakte zu Politiker/inne/n herstellen, Exkursionen in politische Einrichtungen	37	35	39	31	48
Anderes	7	8	7	8	5
nichts, es sind keine Maßnahmen nötig	6	9	5	7	4

Anmerkung: Maßnahmen gereiht nach den Antworten.

Bemerkenswert ist, dass eine klare Mehrheit der künftigen LehrerInnen der Antwortvorgabe zustimmen, dass ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung in Hauptschule und AHS-Unterstufe notwendig sei, damit 16-Jährige ihr Wahlrecht kompetent nutzen können. Diese Mehrheit ist bei PH-Studierenden mit 65 Prozent noch deutlicher ausgeprägt als bei Studierenden an Universitäten (56 Prozent). Diese Zustimmung zum Unterrichtsgegenstand ist fast unabhängig vom eigenen Interesse an Politischer Bildung, was auf verschiedene Motive für diese Einschätzung schließen lässt und auch bedeuten kann, dass manche dies als eine Möglichkeit interpretieren, sich selbst künftig weniger damit befassen zu müssen. Alle Vorschläge zur Stärkung der Wahlkompetenz von 16-Jährigen werden von den Frauen etwas höher bewertet als von den Männern.

Während die eben genannte Frage auf die Einschätzung nötiger Maßnahmen zielte, um 16-Jährige zur kompetenten Ausbildung des Wahlrechts zu befähigen, wurde unabhängig von

diesem Kontext auch eine Reihe von Statements zu Themen der Politischen Bildung vorgelegt:

Tabelle 7: Einschätzungen zu Politischer Bildung

Frage: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Bitte wieder für jede Aussage eine Bewertung. (Angaben in Prozent)

	stimme sehr zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	keine Angabe	Diff. pos./neg.
Mit 16 Jahren sind die meisten noch zu jung, um eine verantwortungsvolle Wahlentscheidung zu treffen	30	36	23	9	2	+ 34
Politische Bildung sollte ab der achten Schulstufe ein eigenes Unterrichtsfach sein	39	37	16	5	3	+ 55
Politische Bildung sollte fächerübergreifend vermittelt werden	42	38	12	5	3	+ 63
Viele Lehrkräfte kennen sich selbst nicht genügend aus, um Politische Bildung vermitteln zu können	31	41	18	8	2	+ 46
In meiner Schule (Oberstufe) wurde auf die Vermittlung von Politischer Bildung großer Wert gelegt	17	26	33	22	3	- 12
Ich fühle mich persönlich fachlich ausreichend kompetent, in meinen Fächern Politische Bildung zu vermitteln	11	27	36	23	3	- 21
Politische Bildung ist wichtig für den Erhalt der Demokratie	42	43	9	3	3	+ 73
In der Politischen Bildung ist die Gefahr parteipolitischer Beeinflussung groß	27	41	22	6	3	+ 40

Auch hier spricht sich bei der Frage nach einem eigenen Fach Politische Bildung ab der achten Schulstufe eine sehr deutliche Mehrheit dafür aus (39 Prozent sehr, 37 Prozent eher dafür). An den PHs ist dieser Wert wieder etwas höher als an den Universitäten, wobei keine relevanten Geschlechtsunterschiede festzustellen sind (siehe im Detail Tabelle 8). Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Politische Bildung ab der achten Schulstufe unter Lehramtsstudierenden offenbar konsensfähig ist.

Hohe Zustimmung findet aber auch die Aussage, dass Politische Bildung fächerübergreifend vermittelt werden soll. Dies legt den Schluss nahe, dass das eigene Fach keineswegs das Unterrichtsprinzip ersetzen soll. Weiters stimmen die Studierenden der Aussage zu, dass Politische Bildung wichtig für den Erhalt der Demokratie ist.

Tabelle 8: Zustimmung zu Politischer Bildung als Unterrichtsfach ab der achten Schulstufe

Frage: Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Politische Bildung sollte ab der achten Schulstufe ein eigenes Unterrichtsfach sein. (Angaben in Prozent)

	N	stimme sehr zu	stimme eher schon zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	keine Angabe
Total	1000	39	37	16	5	3
Geschlecht						
Männer	314	40	37	13	5	4
Frauen	686	39	38	17	5	2
Hochschule						
Universität	622	37	37	16	7	4
Päd. Hochschule	365	45	39	14	2	1
Lehramtsfächer						
Geschichte	223	45	36	13	4	2
Geografie	66	45	42	12	2	0
Deutsch	155	34	37	22	3	4
Fremdsprache	155	37	31	21	8	3
nur technische Fächer	114	42	39	13	4	2
nur andere Fächer	251	38	41	13	6	3

In diesem Zusammenhang muss festgehalten werden, dass sich eine Mehrheit der Befragten gegen Wählen ab 16 Jahren ausspricht. Nur zehn Prozent sind sehr und 26 Prozent eher dafür.

Einschätzung der eigenen Kompetenzen für Politische Bildung

Die Aussage, viele Lehrkräfte würden sich nicht genügend auskennen, um Politische Bildung zu unterrichten, stößt auf hohe Zustimmung (vgl. Tabelle 7): 31 Prozent stimmen sehr und 41 Prozent stimmen eher zu. Diese Einschätzung beschränkt sich nicht nur auf das *derzeitige* Lehrpersonal an Schulen (die Erfahrungen der Studierenden mit diesem liegen üblicherweise nur wenige Jahre zurück). Interessant ist, dass auch die Einschätzung der *eigenen Kompetenz*, Politische Bildung künftig im Unterricht vermitteln zu können, kaum weniger (selbst-)kritisch ausfällt (siehe im Detail die folgende Tabelle). Eine deutliche Mehrheit hält sich dafür nämlich (eher) nicht für ausreichend kompetent (36 Prozent eher nicht, 23 Prozent gar nicht kompetent). Nur elf Prozent stimmen der Aussage, selbst ausreichend kompetent zu sein, sehr zu, 27 Prozent stimmen ihr eher zu. Sowohl die eigenen Kompetenzen als auch die der Lehrkräfte werden insgesamt gering eingeschätzt.

Tabelle 9: Eigene Kompetenz zur Vermittlung Politischer Bildung

Frage: Ich fühle mich persönlich fachlich ausreichend kompetent, in meinen Fächern Politische Bildung zu vermitteln. (Angaben in Prozent)

	N	stimme sehr zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	keine Angabe
Total	1000	11	27	36	23	3
Geschlecht						
Männer	314	15	34	32	15	4
Frauen	686	9	23	38	27	2
Hochschule						
Universität	622	11	29	33	23	3
Pädagogische HS	365	11	22	41	24	2
Lehramtsfächer gesamt						
Geschichte	223	14	38	31	15	1
Geografie	66	12	46	34	8	0
Deutsch	155	10	24	37	25	4
Fremdsprache	155	12	25	37	23	3
nur technische Fächer	114	13	21	33	31	2
nur andere Fächer	251	7	20	40	29	3
Lehramtsfächer Universität						
Geschichte	121	18	47	21	13	2
Geografie	48	13	50	31	6	0
Deutsch	71	7	36	29	24	4
Fremdsprache	118	10	27	36	22	4
nur technische Fächer	83	12	17	32	37	2
nur andere Fächer	171	8	16	44	28	4
Lehramtsfächer PH						
Geschichte	101	11	27	43	18	1
Geografie	16	13	31	44	13	0
Deutsch	82	12	14	43	27	4
Fremdsprache	36	17	19	39	25	0
nur technische Fächer	29	17	31	38	14	0
nur andere Fächer	79	6	27	33	32	1
Vermittlung der PB in eigener Ausbildung						
systematisch, fachübergreifend	113	32	42	21	4	1
nur in einzelnen Lehrveranst.	280	13	28	40	18	1
teils, teils	292	7	30	36	22	5
gar nicht	307	6	17	39	36	2

Vorlesungen, Frontalunterricht	401	11	28	35	24	2
diskursiv, Seminare, etc.	472	13	28	36	21	2
Interesse an PB in Ausbildung						
sehr interessiert	178	24	41	26	9	1
eher schon	339	12	35	39	15	1
teils, teils	272	5	23	45	25	2
wenig bis gar nicht	192	6	8	33	51	2

An Universitäten haben Studierende der Geschichte/Sozialkunde und der Geografie/Wirtschaftskunde eine relativ gute Einschätzung ihrer eigenen Kompetenz zur Vermittlung Politischer Bildung; bei den gleichen Fächern ist diese an den PHs aber relativ niedrig. Auffallend ist ein Zusammenhang zur eigenen Ausbildung in Politischer Bildung: Jene, die angeben, sie hätten einen systematischen und fachübergreifenden Unterricht erlebt, fühlen sich deutlich kompetenter – was die Bedeutung einer guten Ausbildung unterstreicht.

3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Studierenden die Zielsetzungen der Politischen Bildung im Wesentlichen richtig benennen können, auch wenn sie überwiegend nicht wissen, wo diese geregelt sind. Besonders hoch sind die Zustimmungsraten zu „richtigen“ Antwortvorgaben bei Studierenden der „klassischen Trägerfächer“ Politischer Bildung (Geschichte/Sozialkunde, Geografie/Wirtschaftskunde, Deutsch), die sich auch selber am stärksten als die künftigen politischen BildnerInnen sehen – und auch von den Studierenden anderer Fächer am stärksten als solche identifiziert werden.

Die eigene Ausbildung für diese Aufgabe wird von den Studierenden allerdings überwiegend kritisch beurteilt: Sie ist für die überwiegende Mehrheit eine nur fragmentarisch (in vereinzelt Lehrveranstaltungen) bis gar nicht vorhandene Erfahrung, nur für elf Prozent der Befragten ist sie systematischer Teil der eigenen Ausbildung (wie dies für künftige LehrerInnen, die diese Inhalte ja systematisch in ihrem eigenen Unterricht einbauen sollten, eigentlich selbstverständlich sein müsste). Auch werden die – nicht sehr zahlreichen – Lehrveranstaltungen zum Themenbereich Politische Bildung teilweise als Frontalunterricht, nicht als dialogische oder projektorientierte Lehrveranstaltungen abgehalten.

Allerdings empfindet dies nur ein Teil der Befragten als erhebliches Manko: Ungefähr die Hälfte der Befragten interessiert sich nämlich sehr oder eher schon für Politische Bildung in ihrer Ausbildung, der Rest nur weniger („teils, teils“) oder gar nicht. Dieses Interesse für Politische Bildung (und auch die Selbstsicht als künftige Politische BildnerInnen) korreliert dabei offenkundig auch mit dem eigenen Interesse der Befragten an Politik im Allgemeinen.

Während beträchtliche Mehrheiten die Notwendigkeit von Politischer Bildung an Schulen, die Notwendigkeit ihrer fächerübergreifenden Vermittlung, aber auch eines eigenen Unterrichtsfachs ab der achten Schulstufe bejahen, stimmen ebenso große Mehrheiten den Einschätzungen zu, dass sich viele Lehrkräfte nicht ausreichend auskennen würden, um Politische Bildung ver-

mitteln zu können, und auch in der eigenen (meist ja nur kurz zurückliegenden) schulischen Ausbildung auf die Vermittlung Politischer Bildung kein großer Wert gelegt worden sei.

Wenig überraschendes Fazit ist daher, dass nur eine Minderheit sich selbst für fachlich kompetent hält, in den eigenen Fächern künftig Politische Bildung vermitteln zu können. Insgesamt belegen die Ergebnisse gravierende inhaltliche und methodische Defizite in der Ausbildung der künftigen LehrerInnen, sowohl bezüglich des Wissens über fachliche Inhalte Politischer Bildung als auch hinsichtlich der Entwicklung der notwendigen Kompetenzen als Politische BildnerInnen.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe Internet: www.entscheidend-bist-du.at.
- 2 Institut der Didaktik der Politischen Bildung an der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft der Universität Wien, Leitung: Wolfgang Sander.
- 3 Z.B. die Pilotstudie „Jugend und Politik“ von der Donau-Universität Krems. Internet: http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/pk/pilotstudie_jugend_polbil.pdf.
- 4 Siehe Lehrplan für die Hauptschule Internet: http://www.bmukk.gv.at/medienpool/879/gsk_pb_hs.pdf sowie AHS unter: <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/786/ahs11.pdf>.
- 5 Ausnahmen stellen die Studien von Fassmann/Münz aus dem Jahr 1991 sowie aus jüngerer Zeit von Hellmuth dar.
- 6 Siehe Grundsatzlerlass GZ 33.464/6-19a/78 – Wiederverlautbarung mit GZ 33.466/103-V/4a/94; Internet: http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb_grundsatzlerlass.pdf.
- 7 Eine Erhebung aus dem Jahr 2007 zeigte, dass politische Bildung auch organisatorisch an Universitäten und PHs kaum verankert ist (siehe Hämmerle/Ratkovic 2007). Erste Schritte erfolgten mit dem Lehrstuhl an der Universität Wien.
- 8 Bundesgesetz vom 27. Juni 1979 über das Dienstrecht der Beamten (Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 – BDG 1979) BGBl. Nr. 333/1979 idF vom 18.5.2009.
- 9 13 (von 1.000) Befragte(n) waren diesbezüglich nachträglich offenbar nicht zuordenbar.

LITERATURVERZEICHNIS

- Faßmann, Heinz/Rainer Münz* (1991). Politische Bildung im Schulunterricht. Behandelte Themen, verwendete Unterlagen, Wünsche der Lehrer, Bericht über eine empirische Erhebung im Auftrag des BMUK, Wien.
- Filzmaier, Peter/Franz Jenewein/Anton Pelinka* (1999). Angst vor der Politischen Bildung? Programme an Universitäten und in der Erwachsenenbildung, in: Peter *Filzmaier* et al. (Hg): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Studienverlag, Innsbruck, 275–296.
- Hämmerle, Kathrin/Günther Sandner/Hubert Sickinger* (2008). Politische Bildung: Umsetzung und Perspektiven, Studie im Auftrag des bm:ukk, Wien.
- Hämmerle, Kathrin/Viktorija Ratkovic* (2007). Politische Bildung in Österreich und ihre Bildner. Studie im Auftrag des bm:ukk, Klagenfurt.
- Himmelmann, Gerhard* (2007). Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch, 3. Auflage, Schwalbach.
- Krammer, Reinhard* et al. (2008). Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Internet: <http://www.phsalzburg.at/didaktik/downloads/kompetenzmodellkurzundlangversion.pdf>.

AUTORINNEN:

Kathrin (Stainer-)HÄMMERLE, MMag.^a Dr.ⁱⁿ, ist Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten sowie Lehrbeauftragte an der Universität Klagenfurt und PH Kärnten. Arbeitsschwerpunkte: Politische Bildung, Partizipation, Demokratieforschung, Verfassungs- und Wahlrecht.

Korrespondenzadresse: Fachhochschule Kärnten, Europastraße 4, 9524 Villach/St. Magdalen
E-Mail: k.stainer-haemmerle@fh-kaernten.at

Günther SANDNER, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Intellectual History, Sozialdemokratie, Politische Bildung, Vergangenheitspolitik, leitet derzeit das FWF-Forschungsprojekt „Otto Neurath (1882–1945) – eine intellektuelle und politische Biographie.“

Korrespondenzadresse: Mag.Dr. Günther Sandner, Institut für Politikwissenschaft, Fakultät für Sozialwissenschaft, Universität Wien, Rooseveltplatz 2, 1090 Wien
E-Mail: guenther.sandner@univie.ac.at

Hubert SICKINGER, geb. 1965, Studium der Politikwissenschaft (Mag. Dr. phil.) und der Rechtswissenschaft (Mag. Dr. iur.) an der Universität Innsbruck. Seit 1992 Politikwissenschaftler am Institut für Konfliktforschung in Wien, seit 2000 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Im Sommersemester 2009 Gastprofessor an der Universität Salzburg. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Parteienfinanzierung, Korruptionsforschung, (allgemein) Parteienforschung, lokale Politikforschung.

Korrespondenzadresse: Institut für Konfliktforschung, Lisztstraße 3, 1030 Wien
E-Mail: hubert.sickinger@univie.ac.at